

Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode

**Ausschuss für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Deutscher Bundestag

Ausschuss f. Ernährung,
Landwirtschaft u. Verbraucherschutz

Ausschussdrucksache

17(10)1038

AEA TOP 4 76.Sitzung 17.10.12

16. Oktober 2012

16. Oktober 2012

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

**zum Entwurf des Bundeshaushaltsplan 2013
- Drucksache 17/10200 -**

**Einzelplan 10
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Kapitel: **1017, Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)**

Titel: **428 01**
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Entwurf: 12.365

Antrag: 17.365 T€ (+5 000 T€)

Erläuterung:

Die Zuständigkeiten des BVL im wirtschaftlichen Verbraucherschutz sind zu erweitern. Die private Durchsetzung von Verbraucherrechten ist ineffektiv, langwierig, kostenintensiv und für unlautere Unternehmen wenig abschreckend. Die Marktüberwachung im wirtschaftlichen Verbraucherschutz wird bisher nur von Verbraucherorganisationen geleistet.

Das BVL soll die wirtschaftlichen Interessen von in Deutschland lebenden Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber inländischen unlauteren Unternehmen oder Geschäftsmethoden schützen, Untersuchungen einleiten und Maßnahmen ergreifen. Ihr sind dafür ähnliche Befugnisse wie der Niederländischen Verbraucherschutzbehörde (NCA) einzuräumen. Dafür werden die dem BVL bereits im Rahmen der EU-grenzüberschreitenden Verbraucherrechtsdurchsetzung zustehenden Ermittlungs- und Durchsetzungsbefugnisse auf nationale Verbraucherrechtsverletzungen ausgedehnt. Darüber hinaus soll das BVL den Markt stärker verbraucherorientiert überwachen.

Für die erweiterten Zuständigkeiten sind weitere Planstellen im BVL notwendig. Gemessen an den 45 Mitarbeiterinnen des NCA muss eine entsprechende Erhöhung der Personalausstattung beim BVL erfolgen, die am deutschen Verbrauchermarkt und der Anzahl der in Deutschland lebenden Verbraucherinnen und Verbraucher orientiert. Derzeit sind im BLV nur 6,75 Planstellen, davon 3 befristet, für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz eingerichtet. Die für 2013 geplante Erhöhung um 2 Stellen ist viel zu gering.